



Volker Schnurrbusch zur Reduktion von Plastikmüll durch EU-Vorgaben:

„Um das Aufkommen von Plastikmüll zu reduzieren, brauchen wir keine neuen Steuern“

Kiel, 28. Mai 2018 **Die EU-Kommission plant ein Verbot von Einwegplastikprodukten und erwägt die Einführung einer Plastiksteuer. Dazu erklärt Volker Schnurrbusch, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein:**

„Die Verwendung von Plastik muss in unseren Stoffkreisläufen generell reduziert werden. Vor allem sind hier Plastikverpackungen für sogenannte „Convenience“-Produkte zu nennen. Während deren Nutzen bei wenigen Minuten liegt, kann ihr Abbau bis zu einhundert Jahre dauern.

Neben der konsequenten Vermeidung von Plastikprodukten eignen sich auch andere Maßnahmen wie die Weiterverwendung von Verpackungen, die Veränderungen unseres Konsumverhaltens und der Einsatz innovativer Materialien. Auf regionaler Ebene lässt sich Plastikmüll reduzieren, indem man auf dem Bauernmarkt anstelle im Billig-Supermarkt einkauft.

Neuen Steuern und Abgaben auf Plastikverpackungen erteilt die AfD eine Absage. Verbraucher sollen nicht zusätzlich belastet werden. Der Ideenhorizont des grünen Umweltministers verengt sich leider einmal mehr nur auf die Logik der Bürgerbestrafung durch immer neue Steuern. Umweltprobleme können anders gelöst werden.

Die Rolle der EU scheint hier wiederum dubios, da sie offenbar unter dem Vorwand des Umweltschutzes ihre Kassen durch eine neue Steuer füllen möchte.

Die AfD steht für eine wirksame Umweltpolitik durch Vernunft und Innovation statt durch Verbote und Lasten. Gerade zur Vermeidung von Plastik gibt es zahlreiche Lösungsansätze, die sich pragmatisch umsetzen lassen.“